

Leipziger Volkszeitung, 09.01.2021

## **Kritik in Sachsen an Initiative „Wir machen auf“ – aber Verständnis für Betroffene**

Eine Aktion schlägt hohe Wellen im Netz: Zehntausende sind der Telegram-Gruppe „Wir machen auf“ beigetreten. Auch in Sachsen sympathisieren Gewerbetreibende mit der Initiative.

### **Leipzig**

Sie fühlen sich vom Staat komplett alleingelassen. Corona und der zweite Lockdown kosten sie Kraft, Geld und Zuversicht. Immer mehr treten deshalb im Internet der Gruppe „Wir machen auf“ bei. Auch in Sachsen sympathisieren Gewerbetreibende mit der Initiative. Diese hat dazu aufgerufen, dass die Unternehmen trotz einschlägiger Corona-Verbote ihre Geschäfte am kommenden Montag öffnen.

### **„Wie soll ich meine Krankenversicherung bezahlen?“**

Geschäftsleute in Bad Dübener Heide sind verzweifelt. Aus Protest gegen die anhaltende Schließung ihrer Läden haben sie die Schaufenster verhängt. Auf Plakaten machen sie ihrem Frust Luft. Man erwarte von der Politik, so ist da zu lesen, einen Fahrplan und nicht einen Lockdown nach dem anderen. „Wovon soll ich meine Krankenversicherung, das Schulgeld für zwei meiner Töchter, Miete fürs Geschäft und Lebenshaltungskosten bezahlen“, schimpft die Inhaberin eines Strickateliers. Andere berichten, dass sie bereits Mitarbeiter entlassen mussten, weil die versprochenen Hilfen einfach nicht ankommen. Von der Initiative „Wir machen auf“ haben die Bad Dübener Geschäftsleute Wind bekommen. Ob sie sich daran beteiligen, wissen sie aber noch nicht.

Innerhalb der Gruppe sind weitere verzweifelte Stimmen von Selbstständigen zu finden. „Wir lassen uns nicht mehr von der Politik hinhalten. Es reicht!“, heißt es in einem Beitrag. „Und nein: Wir sind keine Verschwörungstheoretiker und auch keine Rechtsradikalen oder Nazis oder sonst dergleichen. Wir sind Unternehmer, die Mitarbeiter beschäftigen und somit Existenzen sichern, den Leuten ein Vergnügen bieten und immer brav ihre Steuern und Abgaben in diesem Staat bezahlt haben.“

### **„Die Hilfen sind immer noch nicht da – das ist eine Schande“**

Eine solche Aktion sei in der gegenwärtig angespannten Lage kontraproduktiv, sagt der Präsident des sächsischen Unternehmerverbandes Dietrich Enk. Es müsse alles unternommen werden, um die Infektionszahlen zu drücken. Allerdings müsse sich die Politik schon fragen lassen, ob sie nicht eine gewisse Mitschuld trägt an der verzweifelten Lage vieler Händler, Gastronomen, Friseure oder anderer Selbstständiger etwa in den Bereichen Tourismus, Kunst und Kultur. „Die Leute stehen zum Teil mit dem Rücken zur Wand. Die im Oktober versprochenen Novemberhilfen sind immer noch nicht da. Das ist eine Schande.“



Händler werben mit „Wir machen auf“ für eine Geschäftsöffnung ab Montag. Quelle: privat

Kristian Kirpal, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, sieht es ähnlich: „In der Aktion spiegelt sich die ganze Verzweiflung und Perspektivlosigkeit der Unternehmen wider, die jetzt wieder über Wochen geschlossen bleiben müssen“, sagt er der LVZ. „Unser dringender Appell ist dennoch, sich an die geltenden Bestimmungen und Regelungen zu halten.“ Die Politik müsse jetzt dafür sorgen, dass die Unternehmen Vertrauen wiedererlangen. „Hilfen müssen sofort und unbürokratisch fließen. Und wir brauchen verlässliche Planungsperspektiven für die Wirtschaft ab Februar. Und schnellstmögliche Lockerungen. Wir fordern hier zügig einen verbindlichen Stufenplan.“

### **„Großteil hat Verständnis für den Lockdown“**

Für Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) ist ein bewusster Bruch der Corona-Regeln egoistisch und unverantwortlich, wie er der LVZ sagt. „Gerade in Sachsen haben wir mit massiv hohen Infektionszahlen zu kämpfen und ein Blick in die Krankenhäuser, Pflege- und Altenheime macht ganz deutlich, dass eine Lockerung momentan nicht möglich ist.“ Deshalb sei die Entscheidung, den [Lockdown bis Ende Januar zu verlängern](#), absolut richtig.

Zugleich räumt Dulig ein: „Klar ist: Wir verlangen viel von der Bevölkerung, besonders von den Eltern, den Beschäftigten, den Unternehmen und Selbstständigen.“ Der Großteil der Bevölkerung habe jedoch Verständnis für die harten Maßnahmen.

### **Dulig: „Setze mich für Abschlagszahlungen ein“**

Was die Hilfen angeht, macht Dulig klar, dass es sich bei den November-, Dezember- und Überbrückungshilfen um Wirtschaftshilfen des Bundes handelt. Er habe sich

beim Bund bereits mit Beginn des zweiten Corona-Welle für die Möglichkeit von unbürokratischen Abschlagszahlungen eingesetzt. Denn jeder weitere Tag Unklarheit und Warten koste Akzeptanz. „Die sächsischen Unternehmen und Soloselbstständigen, denen viel Disziplin und Durchhaltekraft abverlangt wird, benötigen jetzt rasche finanzielle Sicherheit.“ Er wirke darauf ein, dass der Bund mit Abschlagszahlungen für die Überbrückungshilfen noch im Januar beginnt. Die Abschlagszahlungen für die „Dezemberhilfe“ habe der Bund in dieser Woche gestartet.

Auf politischer Ebene erhält die „Wir machen auf“-Bewegung Zustimmung vom AfD-Landesverband Thüringen. „Als einzige parlamentarische Kraft bekämpfen wir die völlig überzogenen Grundrechtseinschränkungen der Bundes- und Landesregierungen seit vielen Monaten politisch und auch juristisch.“ Von „Überbietungswettbewerb des herrschenden politisch-medialen Komplexes“ und „überzogenen Grundrechtseinschränkungen“ ist da die Rede.

### **Initiator sprach auf Querdenker-Demonstration**

Doch wer steht eigentlich hinter der Bewegung? Initiator ist Mecit Uzbay aus Krefeld. Auf der Chatplattform Telegram beschreibt er sich so: „Ich bin einfacher Mensch, ohne jeglichen politischen Hintergrund. Es geht hier weder um Querdenken, noch irgendwelche anderen Bewegungen, Seiten, Kanäle.“ Entgegen seiner Behauptung, kein Querdenker zu sein, fand das [Redaktionsnetzwerk Deutschland \(RND\)](#) allerdings heraus, dass Uzbay im August 2020 auf einer Querdenken-Demonstration in Krefeld gesprochen hat. Dort leugnete er die Existenz des neuartigen Coronavirus und behauptete, die Statistiken über Corona-Todeszahlen in Deutschland würden gefälscht, schreibt RND.

### **Verkäuferinnen stehen aus Protest vor dem Laden**

Der Unternehmer Ronny Rühle, Inhaber von insgesamt vier Geschäften („Indigo“) in Großenhain, Meißen und Riesa, will sich politisch nicht vereinnahmen lassen, deshalb hält er auch nichts von der Initiative „Wir machen auf“. Sympathien hegt er hingegen für die fast gleichlautende Aktion von Modehändlern „Wir machen auf...merksam“. „Unsere Lage, also die des Einzelhandels, ist wirklich schlimm, aber Verständnis finden wir so gut wie nirgendwo“, sagt der 52-Jährige. Natürlich versuche er auch online zu verkaufen, aber das mache nur ein Bruchteil des Geschäfts aus. Dass sich in Supermärkten die Leute dicht an dicht drängen, kleine Geschäfte mit „allen erdenklichen Schutzvorkehrungen“ aber zu sein müssen, erschließe sich ihm nicht.

Am Montag werden seine Geschäfte nicht öffnen. „Aber wir werden ganz legal vor den Ladentüren stehen, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen.“

*Von Andreas Dunte und Steffen Brost*